

Ratsherr Mark Proch, NPD  
Postfach 2326  
24519 Neumünster

SP- in / 05a / 1. STR / STR Döflinger / STR Kubiak / 20110.1

ab am 28.06.17  
Uli

0378/2013/A4

Die Stadtpräsidentin  
Neues Rathaus  
Großflecken 59  
24534 Neumünster

E, 27.6.17  
Z 28.06.17

, den 27.06.17

## Antrag zur Ratsversammlung

**Betreff:** Schaffung von kostengünstigem Wohnraum in Neumünster

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 18.07.17

### Die Ratsversammlung möge beschließen:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, als Gesellschafter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Wobau Neumünster, intensive Gespräche mit der Geschäftsführung zu führen. Ziel muß es dabei sein, ein Umdenken in der Geschäftspolitik zu erwirken, damit u.a. durch sozialen Wohnungsbau mehr kostengünstiger Wohnraum in Neumünster geschaffen werden kann.

### Begründung:

Die Wobau Neumünster wurde von der Stadt als kommunales Wohnungsunternehmen gegründet um Neumünster wieder aufzubauen und kostengünstigen Wohnraum zu schaffen. Leider hat sich die städtische Wohnungsbaugesellschaft in den vergangenen Jahren von dieser Geschäftspolitik weit entfernt.

Wenn die Wobau heute neue Projekte entwickelt, dann handelt es sich oft um Eigentumswohnungen im gehobenen Segment. Da hat die Gesellschaft beispielsweise die alte Feuerwache gekauft, um daraus ein Quartier zu entwickeln. Bezahlbarer Wohnraum entsteht dort leider nicht. Auch in der Beethovenstraße entstehen keine günstigen Mietwohnungen, sondern eine exklusive Stadtvilla mit acht Eigentumswohnungen. Dies sind nur zwei Beispiele für die neue Geschäftspolitik der Wohnungsbaugesellschaft.

Sicherlich ist es begrüßenswert, wenn das städtische Unternehmen wirtschaftlich auf festen Beinen steht und 2016 einen Gewinn von 811 000 Euro erwirtschaftete. Doch ist das wirklich die Aufgabe einer städtischen Wohnungsgesellschaft? Ziel muß es nach Auffassung der Nationaldemokraten vielmehr sein, die Bevölkerung, mit kostengünstigen Wohnraum zu versorgen. Diese Aufgabe wurde von der Wobau in der Vergangenheit stark vernachlässigt. Sozialer Wohnungsbau fand in den vergangenen Jahren nicht mehr statt. Die Stadt zahlt lieber Strafzinsen, als die Fördermittel abzurufen.

Ratsherr Mark Proch (NPD).

